



Jugend im Landtag 2021

Arbeitskreis 1

„Gesundheit – Arbeit – Rente – Wohnen – Umwelt – ÖPNV“

JiL 34/1
Julian Antonius Geist

*Die bedingte Legalisierung des Wirkstoffes THC der
Cannabis-Pflanze*

Adressat: Der Deutsche Bundestag, Bundesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, den Verzehr, Besitz und Vertrieb des Wirkstoffes THC der Cannabis-Pflanze, mit einem Mindest-Verhältnis von 50 % des Wirkstoff CBD und einer Maximal-Konzentration von 252% im Verhältnis zum gesamtverzehrbarem Konsummittel zu legalisieren.

Begründung: Eine jede Freiheitseinschränkung muss gerechtfertigt sein. Aufgrund dessen, dass das aktuelle Kernargument für eine Aufrechterhaltung des Verbotes, dass Cannabis eine „Einstiegsdroge“ für stärkere, chemische Drogen sei, von der deutschen Hauptstelle für Suchtfragen widerlegt, ist, ist dieses Verbot unhaltbar.

Zudem würde eine Legalisierung bewirken, dass in diesem, noch illegalem, Geschäftsmodell Steuern erhoben werden, während bei der Justiz und den Strafverfolgungsbehörden massiv Gelder eingespart werden. Unter aktuellen Bedingungen würde der deutsche Staat laut einer Studie von DICE Consult rund 2,4 Mrd. Euro im Jahr einnehmen. Da durch eine Legalisierung das Interesse an Cannabis massiv gesteigert werden würde, kann wohl mittelfristig mit einem weitaus höheren Ertrag gerechnet werden. Außerdem würde eine Legalisierung des Wirkstoffes THC die aktuell im Hauf teils vorkommenden beigemischten künstlichen Cannabinoide, welche sehr schnell und auch nicht nur psychisch, sondern auch körperlich süchtig machen, durch die Standartprüfungen durch das Gesundheitsamt vermeiden und somit auch die Konsumenten schützen.

JiL 34/2
Tim Post

*Gesundheitschecks für alle Autofahrer und Autofahrerinnen
ab 65 Jahren*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung, LM-Verkehr,
BM-Verkehr, Bundestag, Bundesrat

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Für Autofahrer und Autofahrerinnen ab 65 Jahren regelmäßige verpflichtende Gesundheitschecks sowie Fahrsicherheitstrainings einzuführen

Begründung: Jeder kennt diese Schlagzeilen: „Senior verwechselt Gas und Bremse“, „Senior übersieht Radfahrerin, Tod“. So auch passiert in meinem Nachbardorf. Ein 86-jähriger übersieht ein kleines Mädchen†, das mit ihrer Schwester auf dem Rückweg von der Schule war. Sie wurde nur 11 Jahre alt. Dies ist leider kein Einzelfall, wie Studien aus der USA belegen. Statistisch verursache ein 80-jähriger dort pro eine Milliarde gefahrener Kilometer 20 Todesopfer. Eine Frau Mitte 30 hingegen drei Tote. Für Deutschland wird im Übrigen nur statistisch erfasst, wie hoch der Anteil von Verkehrstoten, verursacht durch Senioren, insgesamt ist. Allerdings wird nicht proportional auf den gefahrenen Kilometer erfasst, die bei Senioren deutlich weniger sind, als bei anderen Verkehrsteilnehmern.

Sofern in Deutschland über 64-jährige Pkw-Fahrer in einen Unfall allgemein verwickelt waren, trugen sie sehr häufig (68,7%) die Hauptschuld. Bei den mindestens 75-jährigen wurden sogar drei von vier Unfallbeteiligten Pkw-Fahrern die Hauptschuld am Unfall zugewiesen (76,0%). Diese Zahlen müssen zu unser aller Sicherheit gesenkt werden! Auch ist dies nicht nur ein Problem für die Großstadt. Schleswig-Holstein liegt in der Statistik, bundesweit gesehen auf die Einwohnerzahl, im obersten Viertel.

Es geht nicht darum Pauschal etwas für Senioren zu verbieten, gar sie zu diskriminieren. Jeder der noch geeignet ist, kann auch noch im höchsten Alter Auto fahren. Es soll kein Höchstalter geben. Es müssen nur regelmäßige verpflichtende Gesundheitschecks sowie Fahrsicherheitstrainings bestanden werden, ähnlich wie z. B. der rangmäßige „TÜV“ fürs Auto. In anderen EU- Ländern ist dies ganz normal z. B. in Spanien müssen Autofahrer*innen bereits ab dem 45. Lebensjahr alle 5 Jahre zu einem Gesundheitscheck. Mit zunehmendem Alter dann auch entsprechend öfter. Auf freiwilliger Basis funktioniert dies leider nicht.

Den Führerschein bei nicht bestehen, abgeben zu müssen wird auch nicht einfach sein, gerade auf dem Land. Es ist aber notwendig. Es geht darum, dass Leben von anderen zu schützen. Jeder möchte doch, dass seine Geschwister, Kinder und alle anderen Angehörigen immer nach Hause kommen.

JiL 34/3

Lukas E. Junghanß

Programm zur Schaffung neuer Psychotherapieplätze

Adressat: Bundesministerium für Gesundheit; Landesministerium für Soziales,
Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Regierung wird verpflichtet sich für die Schaffung neuer Psychotherapieplätze einzusetzen. Dies soll durch eine Förderung der Ausbildung und Schaffung von Anreizen für diesen Berufszweig erfolgen. Dies gilt sowohl für Psychotherapeut*innen als auch Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen.

Begründung: Aufgrund der fehlerhaften Berechnung von benötigten Therapieplätzen – diese beruht ausschließlich auf Personen mit diagnostizierten psychischen Erkrankungen – sind bei weitem nicht ausreichend Therapieplätze vorhanden. Sowohl für Kinder und Jugendliche als auch für Erwachsene sind die Wartelisten für Therapieplätze teils so lang das ein Jahr oder sogar länger auf einen Platz gewartet werden muss. Es muss sich etwas am Stellenwert der psychischen Gesundheit ändern und ein erster Schritt in diese Richtung muss über die Förderung von Therapieplätzen erfolgen. Die Therapeut*innen zahlen im Regelfall selbst für Ihre jahrelange Ausbildung. Eine Förderung der Ausbildung würde Anreize schaffen und mehr Menschen dazu bewegen wirklich diesen Beruf einzuschlagen.

JiL 34/4
Leonard John

Annullierung der Coronamaßnahmen

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, die Landesregierung und der Deutsche Bundestag werden aufgefordert, die aktuellen Coronamaßnahmen unverzüglich und ausnahmslos zu annullieren, da keine weitere Notwendigkeit mehr für diese besteht.

Begründung: Die Herdenimmunität, welche bei 60 %–70 % liegt, ist innerhalb Deutschlands bereits erreicht, denn der aktuelle Impfstand Deutschlands liegt nun bei 61,1 %. All jene, die noch nicht geimpft sind, können sich nach Wunsch durch ein kurzes Telefonat bei einem zustän-

digen Arzt melden und sich impfen lassen. Es gibt hier selbstverständlich Ausnahmen, die die bisher erforschten Impfstoffe nicht vertragen, dennoch ist es nicht im Interesse aller, auf jeden Rücksicht zu nehmen, denn so müsste auch gleiches für andere verpflichtende Impfungen gelten.

JiL 34/5
Melis Tas

Verbeamtung nach Psychotherapie

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Die Landesregierung ist aufgefordert, mehr Aufklärung zu betreiben und sich weiter dafür einzusetzen, dass jegliche Formen von Therapien kein Hindernis mehr für eine sichere Verbeamtung darstellen.

Begründung: Aus Angst später nicht mehr verbeamtet werden zu können, scheuen sich viele junge Menschen davor, psychologische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das darf nicht sein. Für gesundes und erfolgreiches Arbeiten ist es essenziell, dass früh erlernt wird, mit den eignen Problemen umzugehen. Psychisch oder physisch kranke Menschen dürfen in der Verbeamtungsregelung nicht benachteiligt und ausgegrenzt werden. Es darf nicht sein, dass die Personen, die sich Hilfe holen wollen, bestraft werden. Wenn Therapien hinausgezögert werden, birgt es zusätzlich die Gefahr, dass das Burnout-Risiko steigt und der Krankheitsverlauf schwerwiegender wird. Im Sinne der Chancengleichheit ist es wichtig, Menschen akuten und chronischen Erkrankungen zu unterstützen und aktiv mit in die Gesellschaft einzubinden.

AP 34/6
Julian Antonius Geist

Gesetzliche Kapitaleinlagerung im Rentensystem

Adressat: Der Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinischer Landtag wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine zweiprozentige Kapital-Einlagerung an die gesetzliche Rente und an die Pensionskasse für eine geringere Korrelation mit den Demographischen Indizes, auszusprechen.

Begründung: Aufgrund des aktuellen Rentenmodells sind Rentner von der zurzeit Arbeitenden Bevölkerung abhängig. Bei einer Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, wie wir sie aktuell in Form einer alternden Gesellschaft erleben, verändern sich die Proportionen von Rentenbeziehenden und Arbeitenden, was bewirkt, dass in dem Aktuellem System unter aktuellen Geschehnissen prognostizierbar ist, dass die zukünftigen Rentner weniger Rente bekommen und die Arbeitenden dann mehr Geld einzahlen müssen. Da sich dies außerdem laut aktueller Prognose der Geburtenraten noch verschärfen wird, ist davon auszugehen, dass dieses System insgesamt an Funktionalität verliert. Mit einer Kapital-Einlagerung in beispielsweise Anleihen, Aktien usw.; möglicherweise auch ausgelagert, je nachdem wie eine mögliche Expertenkommission das Risiko bewertet, könnte diesem Prozess endgegengewirkt werden. Es würde nicht nur die Korrelation zwischen demographischen Ereignissen und des Rentenniveaus abgedämpft werden, sondern es könnte auch von den Entwicklungen der Finanz- und Kapitalmärkten profitiert werden.

JiL 34/7
Lennard Hamelberg

*Einführung eines Gesetzes zum Schutz von Menschenwürdigen
Wohnraum*

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag; Landesregierung; Ministerium für Inneres,
ländliche Räume, Integration und Gleichstellung; Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Jugend, Familie und Senioren

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, zum Schutz von menschenwürdigen Wohnverhältnissen die Kommunen gegenüber Immobilieneigentümern bei deren Nichterfüllung ihrer Pflicht zur Sicherstellung der Bewohnbarkeit der entsprechenden Immobilie mit mehr Handlungsmöglichkeiten auszustatten.

Die Landesregierung soll unter Berücksichtigung der für ein Flächenland herrschenden Voraussetzung, sowie der personellen Möglichkeiten von Kommunen, einen an das Hamburgische Wohnraumschutzgesetz angelehnten Gesetzentwurf erarbeiten.

Neben dem allgemeinen, von der Landesregierung oder den Landtagsfraktionen zu erarbeitendem Gesetzestext, soll dieser den Gemeinden die Befugnis erteilen und diese dazu verpflichten, im Falle von Verwahrlosung und Missständen bei Wohnraum, diesen entgegenzuwirken. Des Weiteren sollen folgende zwei Paragraphen (Auszug aus HmbWoSchG) leidend für den entsprechenden Gesetzesentwurf sein:

§ 3 Erfüllung von Mindestanforderungen

(1) Entspricht die bauliche Beschaffenheit von Wohnraum nicht den Mindestanforderungen an erträgliche Wohnverhältnisse, so soll die zuständige Stadt oder Gemeinde anordnen, dass der Verfügungsberechtigte die

Mindestanforderungen zu erfüllen hat.

(2) Die Mindestanforderungen sind insbesondere nicht erfüllt, wenn

- die Heizmöglichkeit oder die Möglichkeit des Anschlusses eines Herdes, von elektrischer Beleuchtung oder elektrischen Geräten fehlt oder ungenügend ist,
- Wasserversorgung, Abguss oder Toilette fehlen oder ungenügend sind, Drucksache
- nicht wenigstens ein zum Wohnen bestimmter Raum der Wohnung eine Wohnfläche von mindestens 10 Quadratmetern hat,
- Fußböden, Wände oder Decken dauernd durchfeuchtet sind oder
- nicht wenigstens ein zum Wohnen bestimmter Raum ausreichend belüftbar oder durch Tageslicht beleuchtet ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für Räume, die zwar nicht zur Wohnung selbst gehören, die aber zur bestimmungsgemäßen Nutzung der Wohnung unmittelbar erforderlich sind oder deren Benutzung im direkten Zusammenhang mit der Nutzung der Wohnung stehen.

§ 4 Instandsetzung

(1) Sind am Wohnraum Arbeiten unterblieben oder unzureichend ausgeführt worden, die zur Erhaltung oder Wiederherstellung des für den Gebrauch zu Wohnzwecken geeigneten Zustands notwendig gewesen wären, so soll die zuständige Stadt oder Gemeinde anordnen, dass der Verfügungsberechtigte diese Arbeiten nachholt. Die Anordnung setzt voraus, dass der Gebrauch zu Wohnzwecken erheblich beeinträchtigt ist oder die Gefahr einer solchen Beeinträchtigung besteht.

(2) Der Gebrauch ist insbesondere dann erheblich beeinträchtigt, wenn

- Dächer, Wände, Decken, Fußböden, Fenster oder Türen keinen ausreichenden Schutz gegen Witterungseinflüsse oder gegen Feuchtigkeit bieten,
- Feuerstätten, Heizungsanlagen oder ihre Verbindungen mit den Schornsteinen sich nicht ordnungsgemäß benutzen lassen,
- Treppen oder Beleuchtungsanlagen in allgemein zugänglichen

- Räumen sich nicht ordnungsgemäß benutzen lassen oder
- Wasserzapfstellen, Ausgüsse, Toiletten, Bäder oder Duschen nicht ordnungsgemäß benutzt werden können.
- (3) § 3 Absatz 3 gilt entsprechend

Begründung: Mieterinnen und Mieter brauchen mehr Schutz vor rücksichtslosen Immobilieneigentümern. Menschenwürdiger Wohnraum gilt als eine der wichtigsten Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung, und soziale Interaktion. Um diesen sicherzustellen, bedarf es an Mindestanforderungen, die es zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht gibt, was verheerende Folgen für Hunderte von Menschen in Schleswig-Holstein hat. Laut unserem ersten Verfassungsartikel sei „Die Würde des Menschen unantastbar“ und von aller staatlicher Gewalt zu achten und zu schützen, doch nimmt man den Blick vom Papier und schaut sich die reale Lage an, findet man schnell einige Beispiele, die das Gegenteil beweisen und bei welchen das Land sowie die Kommune zuschaut, da die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten gegenüber privaten Eigentümern fehlt.

Viele der BewohnerInnen haben häufig keine Chance, etwas gegen diese Situation zu unternehmen, da es kaum bezahlbaren Wohnraum gibt. Vielen der MieterInnen fehlt es zudem über das Wissen ihrer rechtlichen Möglichkeiten. Es sind Fälle bekannt, in denen die Adler Real Estate auf Mietkürzungen seitens der MieterInnen in den Oldesloer Hölk Hochhäusern direkt mit Mahnverfahren reagierten. (Unter dem Suchbegriff Hölk Hochhäuser lassen sich zahlreiche Artikel finden, welche auf die prekären Wohnverhältnisse und die Lage der knapp 400 EinwohnerInnen, darunter auch knapp 80 Kinder und Jugendliche aufmerksam macht.)

Da es zum aktuellen Zeitpunkt keine Mindeststandards gibt, fehlt den Städten und Gemeinden eine rechtliche Grundlage, um gegen solche Verwahrlosung von Wohnraum vorgehen zu können. Aufgrund ähnlicher Fälle in Niedersachsen wurde dort im vergangenen Jahr ein Wohnraumschutzgesetz erlassen.

JiL 34/8
Mia Kaufhardt

Besserer Schutz der Ostsee vor Nährstoffeinträgen

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird aufgefordert, die Verwendung von organischen und mineralischen Düngemitteln in der Landwirtschaft zu reduzieren, um so die Ostsee besser vor Nährstoffeinträgen zu schützen.

Begründung: „Der Patient Ostsee ist in einem kritischen Zustand.“ sagt der Meeresbiologe Thorsten Reusch vom Geomar Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel. Neben Munitionsaltlasten, Vermüllung und Lärmbelastung für die Meeressäuger, stellt die sogenannte Eutrophierung, also die Anreicherung von Nährstoffen, das größte Problem dar. Laut Studien des Umweltministeriums Kiels gelten rund 97 Prozent der Ostsee als überdüngt. Grund für diese Eutrophierung ist zu einem großen Teil der Nährstoffeintrag aus der Landwirtschaft. Düngemittel sorgen für ein unnatürliches Algen-Wachstum. Dieses wiederum führt dazu, dass das Wasser trüber wird und es zu einem Sauerstoffmangel kommt. Beides hat negative Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt. Deshalb muss es zu einer Reduzierung oder sogar zu einem Verbot von Düngemitteln in der Landwirtschaft kommen. Es reicht nicht aus, lediglich Kläranlagen auf den neusten Stand zu bringen, um das Problem in den Griff zu bekommen.

JiL 34/9
Hannah Bockholt

Förderung von regionalen und nachhaltigen Lebensmitteln

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein wird dazu aufgefordert, nachhaltige Lebensmittel, die aus Schleswig-Holstein kommen zu fördern, indem

- Verbraucher den finanziellen Anreiz bekommen, diese Produkte zu kaufen,
- die Kennzeichnung für nachhaltige Lebensmittel kenntlicher gemacht wird,
- Werbung besonders auf nachhaltige und regionale Produkte ausgerichtet wird,
- Landwirte und Produzenten speziell aus Schleswig-Holstein vom Land gefördert werden.

Begründung: In der Lebensmittelproduktion werden immer noch zu viele Emissionen ausgestoßen. Vor allem lange Transportwege sind mitverantwortlich für diese. Dabei lassen sie sich vermeiden, indem man auf regionale Produkte zurückgreift. Leider sind diese oft teurer, da Produktionskosten für Lebensmittel in anderen Gebieten oft geringer sind. Deswegen muss die Landesregierung speziell ökologische Landwirtschaft in Schleswig-Holstein fördern. Denn es gibt hier durchaus Betriebe, die besonders auf Nachhaltigkeit achten. Diese sind aber im Supermarkt nur schwer zu finden. Oft weiß man überhaupt nicht, welche ökologischen Güter mit den Produkten einhergehen. Dahingehend muss es für den Verbraucher einfacher werden dies zu erkennen. Außerdem muss nachhaltige Landwirtschaft, zum Beispiel durch gezielte Werbung, mehr in unserer Gesellschaft etabliert werden. Schleswig-Holstein hat das Potenzial

für mehr Nachhaltigkeit in der Lebensmittelbranche. Engagierte Betriebe geben den Weg vor, den die Landesregierung und der Landtag weiter voranbringen muss.

JiL 34/10
Lukas E. Junghanß

Reform und Ausbau von ÖPNV und Regionalverkehrs

Adressat: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur; Landesministerium
für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Öffentliche Personennahverkehr und der Regionalverkehr sollen unter den folgenden maßgeblichen Gesichtspunkten reformiert beziehungsweise ausgebaut werden.

- Bessere Taktung im ländlichen Raum
- Subventionsausbau
- Ausbau von Buslinien und Schienennetz
- Senkung von Fahrpreisen (kurzfristig) ► kostenfreier Nahverkehr (langfristig)
- Ausbau der Regionalbahnlinien
- Schaffung besserer Anbindungen
- Abstimmung von Bus- und Zugfahrplänen

Begründung: Für einen Wechsel vom Individualverkehr auf den ÖPNV muss dringend eine Verbesserung der Situation im ÖPNV und Regionalverkehr erfolgen. Die Regionalbahnlinien sind teils nicht auf die zubringenden Bus-Linien abgestimmt. Teils sind die Bus-Linien nach wie

vor nur stündlich, teils sogar seltener erreichbar, ebenfalls die Regionalbahnen. Um die Anbindung und Attraktivität des ländlichen Raums zu erhöhen, muss dringend eine Verbesserung stattfinden. Zudem ist trotz Mehrkosten durch Neuanschaffungen z. B. von Elektrobussen teils ein Rückgang bei den Subventionen zu verzeichnen. Dieser Rückgang ist gerade in Anbetracht der Umsatzeinbußen durch die Pandemie mit Sorge zu beobachten. Die Verkehrsverbände haben bereits teils jetzt Probleme mit der Finanzierung der einzelnen Betriebe. Es muss ein Plan zur Verbesserung der Situation ausgearbeitet und umgesetzt werden.

JiL 34/11
Jan.-Niclas Zeitz

Frei Fahrt für Freiwillige

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein und die Landesregierung werden aufgefordert, die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für alle freiwilligen des Landes, unabhängig des Trägervereins oder der Freiwilligentätigkeit, kostenlos zu ermöglichen. Ideal für Fahrten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland, ansonsten zunächst im Land Schleswig-Holstein.

Begründung: Freiwillige leisten in den verschiedenen Bereichen, Soziales, Politik, Kultur und Ökologie, der Gesellschaft ihren Dienst. Mit viel Energie und Engagement setzen sie sich ein und lernen dabei für die Zukunft. Durch die steigenden Bewerbungszahlen im Land Schleswig-Holstein wird deutlich, dass das Interesse an einem freiwilligen Dienst

im Land wächst. Viele Freiwillige ziehen für den Dienst von Zuhause in eine Wohngemeinschaft oder eigene Wohnung in die Nähe ihrer Einsatzstellen und somit manchmal mehrer hundert Kilometer weit weg. Die freiwilligen bekommen zwar eine Entlohnung, die sich aber unterteilt in die Bereiche, Miete, Verpflegung und Taschengeld. Somit wird kein Geld explizit für die Fahrten in die Heimat von den Trägern ausgezahlt und die Freiwilligen müssen ihr Taschengeld dafür investieren. Auch gerade wenn es um die Vernetzung zwischen den Freiwilligen geht, bleiben sie immer auf den Kosten sitzen. Dieser Antrag wird von den ca. 180 Einsatzstellen aus dem ökologischen Bereich unterstützt.

JiL 34/12

Niklas Binder, Kjell Berg

*Massiver Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln im
ländlichen Raum und Schaffung von attraktiven Angeboten im
ÖPNV für junge Menschen.*

Adressat: Der Schleswig-Holsteinische Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird aufgefordert, einen massiven Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln zu unterstützen und zu fördern. Eine Preisangleichung an den SH Tarif in allen Kreisen und Städten des Landes Schleswig-Holsteins soll ebenso erfolgen.

Für junge Menschen bis zu einem Alter von 25 soll ein verminderter Beitrag zur Nutzung des ÖPNVs oder die freie, unbegrenzte Nutzung ermöglicht werden. Die Kosten dafür soll das Land Schleswig-Holstein mit eventueller Förderung des Bundes übernehmen.

Begründung: Der öffentliche Personen-Nahverkehr wird in Zukunft ein wichtiges Standbein für uns werden müssen. In klimapolitischen Fragen geht es unter anderem darum, wie wir CO₂ einsparen und die Menschen in unserem Land mehr für die Idee eines klimaneutralen Deutschlands begeistern können. Lasst uns in Schleswig-Holstein also doch ein Vorbild sein. Wir müssen die Straßen, die Städte, den Verkehr entzerren und die Menschen dazu bewegen, sich auch mal in den Bus oder in die Bahn zu setzen. Dazu müssen die Betreiberfirmen aber zuverlässige und gut geplante Dienstleistungen anbieten. Barrierefreie Busse und Bahnen die pünktlich ankommen und abfahren. Gerade in den ländlichen Räumen fährt ein Bus ins Dorf vielleicht nur 2 Mal am Tag. Junge Menschen in kleinen Gemeinden sind somit auf das Auto angewiesen. Das lässt sich mit mehr attraktiven Angeboten für junge Menschen aber ändern. Eine Vergünstigung für Bus- und Bahntickets für junge Menschen verbindlich im ganzen Land einzuführen, wäre ein wichtiges Zeichen für unsere und folgende Generationen in Bezug auf solch wichtige Themen, wie Klimaschutz und Mobilität.

Wir dürfen ländliche Gebiete nicht noch weiter von der wandelnden Welt abgrenzen, sondern müssen diese fördern. Um Familien, deren Kinder aus unterschiedlichsten Gründen aus dem momentan doch sehr unterschiedlichen Modellraster, die noch in Schleswig-Holstein genutzt werden, durchfallen, könnte man bis zu einem bestimmten Alter die Fahrt mit Bus und Bahn kostenfrei machen. Zum Beispiel Schüler*innen, die im ländlichen Raum leben und momentan ihr Abitur anstreben, dessen Gymnasium oder Gemeinschaftsschule mit gym. Oberstufe nun mal leider nicht nur einen Kilometer entfernt sind, werden davon unmittelbar profitieren. Ein freiwilliger Nebenjob für die Finanzierung einer Monatskarte für den Transport neben der Schule wird nicht mehr zwingend benötigt und entlastet Familien mit niedrigem Einkommen ungemein. Trotzdem helfen erste berufliche Erfahrungen dabei, sich später im Berufsleben zurecht zu finden.

JiL 34/13
Thore Schönfeldt

ÖPNV-„Deutschland Abo-Upgrade“ dauerhaft umsetzen

Adressat: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Landesregierung

Antrag: „Jugend im Landtag“ möge beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, nach den guten Erfahrungen des „Deutschland Abo-Upgrade“ darauf einzuwirken, dass ÖPNV-Abonnenten kostenlos deutschlandweit den gesamten Nah- und Regionalverkehr dauerhaft und ganzjährig nutzen dürfen. Für einen Lastenausgleich soll dabei gesorgt sein.

Begründung: Diesen September haben Nahverkehrsverbünde bei der Aktion Abo-Upgrade Kunden ermöglicht, kostenlos den Nahverkehr in ganz Deutschland ohne weitere Kosten zu nutzen. Die Aktion war erfolgreich. Dass Nahverkehrsstammkunden deutschlandweit den ÖPNV nutzen können, wäre aus verschiedenen Gründen ein wünschenswerter Zustand. Weiteres erfolgt mündlich.

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Referat für Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: registratur@landtag.ltsh.de
sh-landtag.de

Gestaltung: amatik Designagentur, Kiel

Weitere Dokumente unter
sh-landtag.de/service/jugend-im-landtag